

bis 3,8 Mrd. US\$ (20 bis 31,5 Mrd. RMBY) geschätzt. Eine künstliche Insel wird für den Bau der Brücke an der Mündung des Perlfusses errichtet werden. Auf der Brücke wird man über 80 km/h schnell fahren können. Die Y-förmige, 29 km lange Brücke beginnt in Macau und dem benachbarten Zhuhai und endet auf der Hongkonger Insel Lantau. Eine 100-köpfige Gruppe aus Funktionären und Experten aus Beijing, Guangdong, Hongkong und Macau einigte sich auf die Endstationen San Shek Wan auf Lantau, Perola in Macau und Gongbei (Grenzstelle) in Zhuhai. Die bereits ausgearbeitete Planung muss noch von der Entwicklungs- und Reformkommission gebilligt werden. Danach kann eine internationale Ausschreibung beginnen. Die drei Seiten – Guangdong, Hongkong und Macau – waren sich generell darüber einig, dass das Projekt vom privaten Sektor finanziert werden solle. (CD, 8.3., 4.4.05; SCMP, 4.4.05)

#### 44 Neues Massenverkehrsmittel in Planung

Die Regierung der SVR Macau hat im Februar den Bericht über die Durchführbarkeit eines Schnellverkehrssystems in Macau veröffentlicht. Die von der Hongkonger Mass Transit Railway Corporation (MTRC) angefertigte Studie nimmt für sich in Anspruch, die Bevölkerungsdistribution, Beschäftigung, Tourismuswachstumsprognosen und den zukünftigen Transportbedarf berücksichtigt zu haben. Mitte des Jahres soll die zweite Phase der Studie beendet sein. Die 27 km lange Strecke wird zwischen 10,8 bis 12 Mrd. MPtc (2 bis 2,5 Mrd. US\$) kosten und drei Routen haben: eine Ringroute, eine Nord-Süd-Route, die Macau und die beiden Inseln verbindet, und einen Flughafen-Umsteigebahnhof. 7.700 Fahrgäste sollen in der Stunde in den in zwei- bis sechsminütigen Intervallen verkehrenden Zügen befördert werden können. Der Fahrpreis soll in etwa dem einer Busfahrt entsprechen. Zur Kostenreduzierung wird das ganze System automatisiert sein. Der

MTRC zufolge werden die Einnahmen aus den Fahrkarten ausreichen, um die Betriebskosten zu decken. 2006 soll mit dem Bau begonnen werden. Die Einweihung der ersten Phase mit der Route Macau-Taipa wird für 2009 erwartet. Die Regierung favorisiert für den Betrieb ein öffentlich-privates Partnerschaftsmodell; dies ist jedoch noch nicht entschieden. Schon 2002 hatte die Regierung bei der MTRC für 3 Mio. MPtc eine Durchführbarkeitsstudie für eine Kleinbahn in Auftrag gegeben. Als Erstes war ein 17 km langes Streckennetz auf Viadukten für die fahrerlose Bahn (anvisierte Kosten: 3 Mrd. MPtc) geplant. Die Studie war im Februar 2003 der Regierung vorgelegt worden, diese hatte den Plan aber zurückgestellt, weil die Zeit noch nicht reif für ein solch massives Infrastrukturprojekt sei, so damals der Minister für Transport und öffentliche Einrichtungen Ao Man Long. (<http://macau.gov.org.uk>, 25.2.05, Aufruf: 6.4.05; C.a., 2003/2, Ü 33, 2003/4, Ü 34)

---



---

## Taiwan

Hans-Wilm Schütte

---



---

#### 45 Attentat vom 19. März 2004 im Wesentlichen aufgeklärt

Seit dem 7. März kann das am 19. März 2004 verübte Attentat auf Präsident Chen Shui-bian und Vizepräsidentin Annette Lü (Lü Xiulian) als aufgeklärt gelten. Beide waren damals, einen Tag vor der Präsidentschaftswahl, im süd taiwanischen Tainan durch Pistolenschüsse leicht verwundet worden. (Vgl. C.a., 2004/3, S. 283f.)

Nachdem bereits im Dezember ein Mann festgenommen werden konnte, der in einer illegalen Werkstatt die Attentatsmunition hergestellt hatte (vgl. C.a., 2004/12, Ü 38), wurde ein Toter als der wahrscheinliche Schütze identifiziert. Es handelt sich um einen Bürger Tai-

nans namens Chen Yixiong, der zehn Tage nach den Schüssen außerhalb der Stadt ertrunken aufgefunden wurde und vermutlich Selbstmord beging. Spuren von Fremdeinwirkung wurden damals nicht festgestellt.

Die Polizei nannte eine ganze Reihe von Indizien, die in ihrer Summe auf diesen zur Tatzeit 50-jährigen Bauarbeiter und Frührentner als den wahrscheinlichen Attentäter hinweisen:

- 1) Ein unbekannter Mann mit auffälliger gelber Jacke ist auf drei Videofilmen zu sehen, die in der Nähe des Tatortes aufgezeichnet wurden. Er ist einer von nur 12 zuvor nicht identifizierten Personen – von 46 insgesamt –, die im Umkreis des Tatorts gefilmt wurden.
- 2) Der Verdächtige besaß eine gelbe Jacke, die er nach Angaben seiner Frau sogleich verbrannte, als ab dem 26. März nach dem Träger dieses Kleidungsstücks gefahndet wurde. Seine Frau gab gegenüber der Polizei an, sie habe ihn bereits damals verdächtigt, mit dem Gesuchten identisch zu sein; ihr Mann habe auf eine entsprechende Frage ausweichend reagiert.
- 3) Der Verdächtige war als Anhänger der Oppositionspartei und als dezidiertem Gegner des Präsidenten bekannt; er hatte erklärt, es sei schrecklich, dass Präsident Chen womöglich wieder gewählt werde.
- 4) Der Verdächtige hatte etwa einen Monat vor dem Attentat über einen Mittelsmann eine Pistole und Kugeln von jenem Waffenbastler gekauft, der nachweislich die Attentatsmunition verfertigte.
- 5) Die Familie des mutmaßlichen Attentäters erklärte, er habe sich der Tat in einem Abschiedsbrief bezichtigt und als Grund für seine Tat angegeben, dass er wegen der Wirtschaftspolitik von Präsident Chen nicht in der Lage sei, sein Haus zu verkaufen, um

Schulden zurückzuzahlen. Dieses Schreiben existiert jedoch nicht mehr.

- 6) Wie seine Frau erklärte war der Verdächtige während des Attentats außer Haus.

Auch wenn der Fall noch nicht als vollständig gelöst gilt, da vor allem nach wie vor die Tatwaffe fehlt, gibt es keine vernünftigen Zweifel an der Täterschaft Chen Yixions. Damit bestätigen sich Vermutungen, dass es sich um einen Einzeltäter aus dem Umkreis der Oppositionsparteien handelte, der dem Präsidenten die Schuld an seiner persönlichen Notlage gab. (CNAT, nach BBC PF, 7.3.05; TT, 8.3., 9.3.05)

Die Nationale Volkspartei Kuomintang (KMT), deren Kandidat Lien Chan (Lian Zhan) seinerzeit knapp unterlag, sowie Teile der kleineren Oppositionspartei PFP wiesen die kriminologischen Erkenntnisse allerdings zurück. Sie sind nach wie vor der Meinung, das Attentat habe der Präsident selbst inszeniert, um durch „Mitleidsstimmen“ seine Wiederwahl zu erreichen. Obwohl keinerlei Indizien diese Verschwörungstheorie stützen, wird sie von ihren Protagonisten nach wie vor vehement vertreten. Zum ersten Jahrestag des Attentats, am 19.3., veranstaltete die KMT sogar eine Großdemonstration in Taipei, zu der rund 30.000 Oppositionsanhänger erschienen und riefen: „Wir wollen die Wahrheit wissen, nichts als die Wahrheit!“ (ST, 20.3.05) Nachdem die KMT mit ihren Versuchen, die Wahl und das Wahlergebnis gerichtlich anzufechten, bereits mehrfach unterlag, nimmt ihre Glaubwürdigkeit auf diese Weise weiter Schaden, und die Kluft, die die politische Landschaft Taiwans prägt, wird so in schon grotesk unsinniger Weise offen gehalten.

#### 46 Präsident Chen trifft Oppositionsführer James Soong und revidiert Taiwan-China-Politik

Das politisch wohl am meisten Aufsehen erregende innenpolitische Ereignis der Monate Februar und März

war ein Treffen zwischen Präsident Chen Shui-bian von der Demokratischen Fortschrittspartei (DPP) und dem Vorsitzenden der People First Party (PFP), James Soong (Song Chuyu).

Nachdem Vertreter der DPP im Zuge der neuen Regierungsbildung bereits im Januar eine mögliche Annäherung zwischen beiden Parteien und sogar eine mögliche Koalition ins Gespräch gebracht hatten, ohne dass Substanz für eine solche Liaison erkennbar gewesen wäre – die folgerichtig dann auch nicht zustande kam – überraschte James Soong am 2.2. mit der Ankündigung, Präsident Chen treffen zu wollen.

Unerwartet war dieser Schritt aus mehreren Gründen. Da ist zum einen die tiefe Kluft, die zwischen dem Regierungslager der „Grünen“ und dem Oppositionslager der „Blauen“ besteht und vor allem mit den unterschiedlichen Identitäten zu tun hat – „grün“ heißt Taiwan, aber nicht Chinaindentität, „blau“ heißt mehr China- als Taiwanidentität. Diese Identitäten, die faktisch nicht immer sehr weit voneinander entfernt sind, sind für viele jedoch stark emotional aufgeladen. Die PFP sprach sich zudem noch deutlicher als die KMT dagegen aus, eine formal unabhängige „Republik Taiwan“ anzustreben. Nach der letzten Präsidentschaftswahl zählte James Soong zu denjenigen, die das Ergebnis nicht anerkannten, Chen Shui-bian als illegalen Präsidenten bezeichneten, die These vom inszenierten Attentat vertraten und mit mächtigem juristischem Geschütz gegen alles zu Felde zogen, was mit der Anerkennung des Wahlergebnisses zu tun hatte. Zudem hatten sich die Anhänger von Soongs Partei PFP als besonders gewaltbereit erwiesen. Für die Präsidentschaftswahl selbst war Soong ein Bündnis mit der KMT bzw. mit deren Kandidaten Lien Chan eingegangen und als Kandidat für das Vizepräsidentenamt gegen das Gespann Chen Shui-bian und Annette Lü angetreten, und noch im letzten Herbst war die Eingliederung der PFP in die KMT im Gespräch gewesen. Woher nun

der Schwenk?

James Soong war schon immer ein eigenwilliger Kopf. So trat er bei der vorletzten Präsidentschaftswahl als unabhängiger Kandidat gegen seinen Parteifreund Lien Chan an und wurde deswegen im November 1999 aus der KMT ausgeschlossen. Auch wenn er für eine ausgeprägte Chinaindentität steht, hat er sich stets deutlicher als Lien Chan gegen jegliche Form der Vormundschaft seitens Beijings verwahrt. Vor allem aber drohte er mit seiner PFP jüngst im Schatten der mächtigen KMT zu verschwinden. Besonders das Ergebnis der Parlamentswahl vom Dezember 2004 musste ihm hierin zu denken geben, denn die PFP verlor gegenüber 2001 ein Viertel ihres Stimmanteils. Soong sah nun die Chance, die politische Mitte zu besetzen, ehe die träge KMT dazu kommt. Außerdem bot es sich an, eigene Akzente zu setzen, ehe die KMT für ihren blassen Chef Lien Chan im Sommer einen jüngeren, stärker zur Mitte orientierten und womöglich populäreren Nachfolger wählt. Schon jetzt politisch etwas zu bewegen hoffte Soong vor allem, was das Verhältnis zu China angeht.

Auf Seiten der DPP ist die Interessenlage dagegen einfach: Der von ihr gestützte Minderheitsregierung – die nicht vom Parlament gewählt oder bestätigt werden muss – käme ein Kooperationspartner überaus gelegen. Gelänge es der DPP bzw. dem Präsidenten, die PFP mindestens auf einigen Politikfeldern auf ihre Seite zu ziehen, wäre die Übermacht der Opposition gebrochen.

Obwohl viele Beobachter die Chance einer Zusammenarbeit zwischen DPP und PFP auf Grund ihrer divergierenden politischen Vorstellungen für aussichtslos erachteten, kam es bereits am Vortag des Gipfeltreffens zu einer ersten Absprache: Ministerpräsident Frank Hsieh (Xie Chanting) vereinbarte mit PFP-Parlamentariern Grundsätze für eine Zusammenarbeit bei Gesetzgebungsprojekten.

Das Treffen fand am 24. Februar statt. Es endete mit unerwar-

tet klaren Ergebnissen, die in einem Zehn-Punkte-Übereinkommen fixiert wurden. Sie betreffen die Beziehungen zu China, die Landesverteidigung und die Aussöhnung zwischen den Bevölkerungsgruppen festländischer bzw. taiwanischer Abstammung. Dabei wiederholte Chen Shui-bian jene Zusagen, die er im Mai 2000 bei seinem ersten Amtsantritt gemacht hatte: keine Unabhängigkeitserklärung, keine Änderung des Staatsnamens, kein Referendum zur Änderung des Status quo. Damit distanzierte sich Chen klar von der politischen Linie, die er vor den letzten Parlamentswahlen vertreten und mit der er letztlich auch den Wahlgewinn verspielt hatte. James Soong deutete Kompromissmöglichkeiten bei der Bewilligung des von der Oppositionsmehrheit im Parlament wiederholt abgelehnten kostspieligen Rüstungs Sonderetats an. (Vgl. C.a., 2004/6, Ü 31)

Die unabhängigkeitsorientierten Kräfte im Lande zeigten sich von dem Ergebnis enttäuscht, ja empört. Die Union für Taiwan-Solidarität (TSU), die im Parlament die Regierungspartei unterstützt, erklärte, Chen habe die taiwanische Identität verraten. Stärker betroffen war Präsident Chen sicher davon, dass drei seiner Politikberater aus Enttäuschung über seine chinapolitische Rückwärtsbewegung ihre Tätigkeit aufkündigten.

Eine Verständigung zwischen Regierung und Opposition war seit Jahren überfällig. Beide Seiten hatten die Gräben zwischen den Lagern immer wieder aufgerissen, und die Gesetzgebung war zeitweise dadurch paralytisch, dass die Fraktionen der Regierungspartei und der Oppositionsparteien sich nicht einigen konnten. So gesehen, könnte das Treffen zwischen Chen Shui-bian und James Soong geradezu als Meilenstein im Entwicklungsgang der taiwanischen Demokratie gelten. Seltsam ist allerdings, dass sich hier zwei Ungleiche trafen: Chen Shui-bian ist nicht mehr DPP-Vorsitzender. An sich hätte sich Soong mit Su Tseng-chang (Su Zhenchang) treffen müssen. Zur Skepsis, was die Haltbar-

keit des Tauwetters zwischen PFP und DPP angeht, gibt auch der Präsident selbst Anlass: Er ändert seine Linie derart oft, dass man fragen darf, welches überhaupt seine Linie ist. In seiner Antrittsrede vom Mai 2000 betonte er die gemeinsamen Wurzeln Chinas und Taiwans und wollte Präsident aller Taiwaner sein, später setzte er ganz auf Taiwanisierung, nun soll dies auch wieder nicht gelten.

Auch was James Soongs Seite angeht, wäre es falsch, nun eine kontinuierliche Kooperation zwischen DPP und PFP zu erwarten. Nachdem die PFP nur drei Wochen vor dem Treffen mit der KMT stimmte, als der Legislativ Yuan seinen Präsidenten und Vizepräsidenten wählte, wird es auch in anderen Fragen weiterhin zu einer Allianz der Oppositionsfraktionen kommen. Zudem lehnen viele PFP-Mitglieder die Annäherung an Präsident Chen ab. (TT, 2.2.05)

Was die Innenpolitik und eine Versöhnung zwischen den politischen Lagern angeht, könnte der pragmatische, kompromissbereite Ministerpräsident Frank Hsieh wichtiger als Chen Shui-bian werden. Hsieh hatte Anfang Februar noch dem stellvertretenden KMT-Vorsitzenden Chiang Pin-kun (Jiang Bing-kun) den Posten eines stellvertretenden Ministerpräsidenten angeboten. Die KMT allerdings hatte abgelehnt. (SCMP, 3.2.05; ST, 15.2.05; TT, 6.2., 22.2., 23.2., 25.2., 2.3., 4.3.05; CNAT, nach BBC PF, 24.2., 1.3.05)

#### 47 Flüge China-Taiwan:

##### Weniger Sicherheitsbedenken, doch stornierte neue Pläne

Nach den Erfahrungen, die im Februar mit Non-stop-Flügen zwischen Taiwan und dem chinesischen Festland gemacht wurden, erachtet Taiwans Militärführung seine einstigen erheblichen Sicherheitsbedenken gegen solche Flüge für weitgehend ausgeräumt. Es habe sich herausgestellt, dass das Militär in der Lage sei, alle Flüge zu erfassen

und zu verfolgen. Verteidigungsminister Li Chieh (Li Jie) erklärte daher am 22. Februar: „Falls die Regierung die politische Entscheidung trifft, regelmäßige Flüge über die Taiwan-Straße zuzulassen, wird das Verteidigungsministerium dem nicht entgegenstehen.“ Das Militär lehnt allerdings nach wie vor nächtliche Flüge ab. Unklar ist, ob nach Auffassung des Militärs weiterhin die über Hongkong oder Macau führenden Flugstraßen benutzt werden müssen. Vermutlich ist dies jedoch der Fall. (CNAT, nach BBC PF, 22.2.05)

Wenige Tage zuvor, noch vor dem Ende der Passagierflüge zum Neujahrsfest, hatte Präsident Chen Shui-bian vorgeschlagen, mit China Verhandlungen über direkte Frachtflugverbindungen aufzunehmen. Gleichzeitig warnte er, die Verabschiedung des von Beijing geplanten Antisezessionsgesetzes könne die gute Atmosphäre trüben und sich als Hindernis erweisen. (CNAT, nach BBC PF, 16.2.05; ST, 17.2., 25.2.05; SCMP, 17.2.05)

Vom Festland kam im März ein ähnliches Angebot: Pu Zhaozhou, leitender Direktor der Zivilluftfahrtvereinigung, lud Michael Lo (Le Daxin) vom Taibeier Verein der Fluggesellschaften zu Gesprächen über weitere Charterflüge ein. Beide Organisationen hatten im Januar auch das Abkommen über die Neujahrscharterflüge geschlossen. Taiwans Regierung lehnte ein neues Treffen jedoch ab: Die im Antisezessionsgesetz enthaltene Drohung mit „nicht friedlichen“ Mitteln mache solche Gespräche unmöglich. (TT, 12.3.05)

Auch wenn das unglücklich terminierte Antisezessionsgesetz die Rücknahme weiterer Luftverkehrspläne ausgelöst hat, wird es in Zukunft leicht sein, an das bereits Erreichte anzuknüpfen. Da sich Taiwans Sicherheitslage durch das Antisezessionsgesetz nicht geändert hat, ist es kaum mehr als eine Frage des politischen Geschmacks, neue Verhandlungen zum Ausbau des Charterflugverkehrs zu beginnen. Wie lange die derzeitige Karenzzeit jedoch dauert, wird da-

von abhängen, wann eine Seite wie glaubwürdige neue Entspannungsinitiativen wagt.

#### 48 Taiwan war 2004 Netto-migrationsgewinner

Taiwans Innenministerium gab im Februar bekannt, dass 2004 50.776 Personen zugewandert sind. Damit wurde die Zahl der 47.185 Abwanderer mehr als ausgeglichen. Im Jahr zuvor hatte es noch einen Nettowanderungsverlust von 12.255 Personen gegeben. Das Plus bei den Zuwanderungen lag 2004 gegenüber dem Vorjahr bei 36%. Sollte sich die Tendenz bestätigen, wäre dies ein Kompliment an die DPP-Regierung, deren erklärtes Ziel es seit 2000 ist, die Lebensqualität auf der Insel zu erhöhen. Die Entwicklung kommt Taiwan auch unter dem Aspekt gelegen, dass die Geburtenzahl pro Frau schon seit 1983 bei unter 2 liegt. (CNAT, nach BBC PF, 22.2.05; vgl. C.a., 2002/10, Ü 42)